

HAMBURGER BÜNDNIS GEGEN BERUFSVERBOTE

KEIN MISSTRAUEN IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Demonstration gegen die
Wiedereinführung der Regelanfrage

SAMSTAG, 21. MÄRZ 2026 UM 12 UHR

**VOR DEM LANDESAMT FÜR
VERFASSUNGSSCHUTZ
(JOHANNISWALL 4)
U1 STEINSTRASSE**



Hamburg



asta haw



asta tuhh



asta uni haw



a.s.



a.s. arbeitskreis soziale arbeit hamburg



BARMBEKER INITIATIVE GEGEN RECHTS



DKP



FSR



FAU Hamburg



FRIDAYS FOR FUTURE Hamburg



GRÜNE JUGEND HAMBURG



GRUNDRECHTE KOMITEE.de



HAMBURGER BÜNDNIS GEGEN RECHTS



Humanistische Union



TV STUD Hamburg



VDJ



Junge GEW Hamburg



JUSOS HAMBURG



Politiklinik Veddel



SoZIALISTISCHE JUGEND DIE FALKEN HAMBURG



SDAJ



SOAL



HAMBURG SDAJ



SOAL



Alternativer Wohlfahrtsverband



TV STUD Hamburg



VDJ



ver.di JÜGEND HAMBURG



VVN-BdA



VVN-BdA



Verband Kinder- und Jugendarbeit Hamburg e.V.

KEINE BERUFSVERBOTE 2.0 –

VERMUTETE GESINNING DARF NICHT VERFOLGT WERDEN!

Der Hamburger Senat plant, zum Sommer 2026 die sogenannte „Regelanfrage“ wiedereinzuführen. Das bedeutet konkret, dass alle, die sich für einen Job im öffentlichen Dienst beworben haben und in der Endauswahl sind, auf ihre Gesinnung hin vom Verfassungsschutz durchleuchtet werden. Damit droht die Rückkehr zu politisch motivierten Berufsverboten, Bespitzelungen und Gesinnungsprüfungen, wie wir sie aus dem Radikalenerlass von 1972 kennen, den Hamburg selbst als „unrühmliches Kapitel“ verurteilt hat.

Statt konkretes Fehlverhalten zu prüfen, wird eine vermutete Gesinnung bewertet. Das bedeutet Generalverdacht, Einschüchterung und ein Klima der Angst – besonders für Menschen, die sich gewerkschaftlich, für Klima, Frieden oder andere gesellschaftliche Anliegen engagieren. Das ist die schmerzliche Erfahrung von 1972!

Eine lebendige Demokratie braucht kritische Stimmen, zivilgesellschaftliches Engagement und starke Meinungs- und Versammlungsfreiheit – keine Gesinnungsschnüffelei. Politisch motivierte Berufsverbote und Verdächtigungen dürfen nie wieder Mittel eines demokratischen Rechtsstaats sein.

Wir sagen klar:

Kein Generalverdacht!

Keine Berufsverbote 2.0!

Keine Einschränkung unserer Grundrechte!

Samstag, 21. März um 12 Uhr am Johanniswall 4
(vor dem Landesamt für Verfassungsschutz)



gegen-berufsverbote.hamburg



bundnisgegenberufsverbote